

Von: Mentzel, Matthias (Dr.) [<mailto:Mentzel@chemienord.de>]

Gesendet: Dienstag, 3. April 2018 11:27

An: Europaausschuss (Landtagsverwaltung SH)

Betreff: AW: Schriftliche Anhörung des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Handelsabkommen CETA

Sehr geehrter Herr Wagner,

entsprechend Ihrer Anfrage vom 01. Februar 2018 sende ich Ihnen anbei die Stellungnahme des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. (VCI) zum Handelsabkommen CETA mit der Bitte um Berücksichtigung bei den anstehenden Beratungen. Der VCI und die deutsche chemisch-pharmazeutische Industrie setzen sich dafür ein,

- dass die deutsche Regierung CETA schnell ratifiziert
- damit Unternehmen die Vorteile von CETA rasch rechtssicher nutzen können
- und die EU ein verlässlicher Partner in einer offen Welthandelsordnung bleiben kann.

Die VCI-Stellungnahme zum Handelsabkommen CETA mit Detailschätzungen (Stand 20. März 2018) finden Sie als PDF-Dokument im Anhang. Sollten Sie weitere Fragen zum Thema haben, können Sie auch meinen Kollegen in Frankfurt, Dr. Matthias Blum, direkt kontaktieren: seine Kontaktdaten finden Sie ebenfalls in der Stellungnahme.

Abschließend möchte ich mich für Ihre frühzeitige Anfrage bedanken, die den VCI in die Lage versetzte, eine Beteiligungsmöglichkeit in Form einer aktuellen Stellungnahme wahrzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Mentzel

Dr. Matthias Mentzel

Technik und Umwelt, Arbeitssicherheit
Verband der Chemischen Industrie e. V.
Landesverband Nord (VCI Nord)
Sankt-Florian-Weg 1
30880 Laatzen

Tel.: +49 (0) 511 984 90 35

Fax: +49 (0) 511 83 35 74

mentzel@lv-nord.vci.de

www.vci-nord.de



VCI-Stellungnahme zum Handelsabkommen CETA

Offene Märkte sind eine wichtige Grundvoraussetzung zur Schaffung von Wohlstand und zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums. Sie erleichtern den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Ideen sowie die Mobilität von Menschen. Gleichzeitig ermöglichen Freihandelsabkommen, den freien Handel mit hohen internationalen Standards für den Schutz von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Umwelt zu ergänzen.

EU und Kanada: Lange Verhandlungen mit erfolgreichem Ergebnis

Seit dem Jahr 2009 haben die EU und Kanada über das umfassende Freihandelsabkommen CETA verhandelt. Im Herbst 2014 wurden die Verhandlungen politisch für beendet erklärt. Im Sommer 2016 hat die EU den Ratifizierungsprozess als gemischtes Abkommen eingeleitet, so dass neben den Regierungen auch die nationalen Parlamente dem Abkommen zustimmen müssen. Der EuGH hat diese politische Entscheidung im Mai 2017 indirekt bestätigt. Der Ratifizierungsprozess läuft derzeit.

Kanada - ein interessanter Absatz- und Rohstoffmarkt

CETA eröffnet der europäischen Chemieindustrie einen interessanten Absatz- und Rohstoffmarkt: Kanada verfügt über viele natürliche Ressourcen und mehr als 30 Millionen kaufkräftige Einwohner. Deutschland exportierte 2017 chemisch-pharmazeutische Produkte im Wert von 1,5 Mrd. Euro nach Kanada und erzielte einen Exportüberschuss von 1,1 Mrd. Euro. Insgesamt verbrauchte Kanada Chemieerzeugnisse im Wert von 35 Milliarden Euro und bietet Europas Chemie somit beträchtliches zusätzliches Exportpotenzial, da sich der Nachteil europäischer Anbieter zum Beispiel gegenüber Anbietern aus den USA verringert und kein Nachteil zu den CPTPP-Partnern Kanadas im pazifischen Raum entsteht.

CETA kann europäischen Unternehmen Vorteile bringen

Europas Unternehmen profitieren von CETA unter anderem durch erleichterten Marktzugang, vollständigen Abbau der Industriezölle, verstärkte regulatorische Zusammenarbeit, Zugang zum öffentlichen kanadischen Vergabemarkt auch unterhalb der Bundesstaatsebene, erleichterte Einreisebestimmungen für Geschäftszwecke und Entsendung von Mitarbeitern in Tochterunternehmen.

Schnell die vorläufige Anwendung durch formales Inkrafttreten ersetzen

Nachdem Anfang 2017 nach dem Europäischen Rat auch das Europäische Parlament zugestimmt hat, konnte das Abkommen im September 2017 in Bezug auf weite Teile vorläufig in Kraft treten. Jetzt gilt es, CETA durch Ratifizierung in den Mitgliedstaaten endgültig in Kraft treten zu lassen.

Signal für eine liberale, offene Weltwirtschaftsordnung

In Zeiten zunehmenden Protektionismus ist CETA ein wichtiges Signal für eine liberale, regelbasierte Handelsordnung. Seine Regelungen können als eine Blaupause für moderne Freihandelsabkommen dienen. Tritt CETA zügig in Kraft, demonstriert die EU der Welt, dass sie ein verlässlicher und handlungsfähiger Handelspartner ist. Scheitert CETA, verspielt die EU unnötig internationales Vertrauen und ihre Unternehmen verlieren die errungenen Vorteile.

Der VCI und die deutsche chemisch-pharmazeutische Industrie setzen sich daher dafür ein,

- dass die deutsche Regierung CETA schnell ratifiziert
- damit Unternehmen die Vorteile von CETA rasch rechtssicher nutzen können
- und die EU ein verlässlicher Partner in einer offenen Welthandelsordnung bleiben kann.

Einschätzung im Detail

Allgemeine politische Bewertung

Offene Märkte sind eine wichtige Grundvoraussetzung zur Schaffung von Wohlstand und zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums. Sie erleichtern den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Ideen sowie die Mobilität von Menschen. Gleichzeitig ermöglichen sie die Schaffung hoher internationaler Standards für den Schutz von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Umwelt. Der VCI steht für einen freien und fairen Welt- handel mit anerkannten und durchsetzungsfähigen internationalen Regeln. Deutschland hat vom liberalen Welthandelsregime in besonderer Weise profitiert. Gerade in Zeiten zunehmender protektionistischer Tendenzen und geostrategischer Herausforderungen müssen die EU und Deutschland sich für diesen Weg einsetzen.

In diesem Sinne bewertet der VCI das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) positiv. Wir setzen uns für eine schnelle Ratifizierung ein. Wir sind überzeugt: CETA bietet Vorteile für Unternehmen, Beschäftigte und Verbraucher in der EU. Zudem kann CETA als Blaupause für Standards in modernen Freihandelsabkommen dienen.

Der europäischen Chemieindustrie eröffnet CETA einen interessanten Absatz- und Rohstoffmarkt: Kanada verfügt über eine Vielzahl natürlicher Ressourcen und mehr als 30 Millionen gut ausgebildeter, kaufkräftiger Einwohner. Deutschland exportierte 2017 chemisch-pharmazeutische Produkte im Wert von 1,5 Mrd. Euro nach Kanada und erzielte einen Exportüberschuss von 1,1 Mrd. Euro. Insgesamt verbrauchte Kanada Chemieerzeugnisse im Wert von 35 Milliarden Euro und bietet Europas Chemie somit beträchtliches zusätzliches Exportpotenzial, da sich der Nachteil europäischer Anbieter zum Beispiel gegenüber Anbietern aus den USA verringert und kein Nachteil zu den CPTPP-Mitgliedsstaaten entsteht, die im März ihr Abkommen unterzeichnet haben.

CETA wird für europäische Unternehmen deutliche Vorteile bringen: erleichterter Marktzugang, vollständiger Abbau der Industriezölle, verstärkte regulatorische Zusammenarbeit, Zugang zum öffentlichen kanadischen Vergabemarkt auch unterhalb der Bundesstaatsebene, erleichterte Einreisebestimmungen für Geschäftszwecke und Entsendung von Mitarbeitern in Tochterunternehmen. Langfristig gewinnen die deutsche und die europäische Industrie dadurch an Wettbewerbsfähigkeit.

Erste Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie haben mit der vorläufigen Anwendung begonnen, CETA zu nutzen. Auch, wenn es für belastbare Aussagen zu früh ist, zeigen erste Daten für das 4. Quartal 2017, dass der Export von chemischen Erzeugnissen knapp 20% über dem Vorjahresquartal liegt.

Es gilt jetzt, eine hohe Implementierungsrate sicherzustellen. Hierzu müssen auch die Regelungen von Zeit zu Zeit auf ihre Praktikabilität für die Unternehmen, insbesondere die KMU, überprüft werden. Da CETA als ein „living agreement“ konzipiert ist - also als ein Abkommen, das auch künftige Themenfelder aufnehmen und regulieren kann, stehen die Chancen für eine Weiterentwicklung gut. Für die Umsetzung sorgt ein gemein-

samer Ausschuss, der Anstöße gibt, damit keine neuen nicht-tarifären Handelshemmnisse entstehen und einen regen Informationsaustausch ermöglicht. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen müssen aber nach den Verfahren, die von den jeweiligen Verfassungen vorgesehen werden, getroffen werden. Der Ausschuss kann keine bindenden Entscheidungen treffen.

Das Abkommen beinhaltet neue Investitionsförder- und –schutz-Bestimmungen sowie die Einrichtung eines institutionalisierten Investitionsgerichtes für Investor-Staats-Schiedsverfahren. Hier wird zu beobachten sein, ob das neue Regime in der Praxis die in es gesteckten Erwartungen erfüllen kann. Ein effektiver Investitionsschutz ist für die wirtschaftliche Entwicklung im 21. Jahrhundert von großer Bedeutung.

Die Diskussion um TTIP und CETA hatten Fragen zur Verlässlichkeit der EU als handelspolitischer Partner aufgeworfen. Tritt CETA zügig endgültig in Kraft, kann die EU zeigen, dass sie weiterhin ein verlässlicher und handlungsfähiger Handelspartner ist.

Im Folgenden soll auf einige für die chemisch-pharmazeutische Industrie besonders relevante Kapitel von CETA näher eingegangen werden.

Zölle und Ursprungsregeln

Das Kapitel zum Marktzugang für Güter/Zölle ist außerordentlich positiv zu bewerten. 100 Prozent der Zolllinien für Industriegüter werden gänzlich abgeschafft, davon 99% bereits mit Inkrafttreten des Abkommens. Grundsätzlich wurde die Inländerbehandlung vereinbart. Auch Exportrestriktionen sind nicht erlaubt. CETA ist hier Vorbild, denn es geht weiter als viele andere Abkommen, die die EU ausverhandelt hat.

Zollfreiheit setzt klare Ursprungsregeln voraus. Komplexe Ursprungsregeln gefährden die vereinbarte Zolleliminierung, weil Unternehmen einen zu großen Aufwand haben, den Ursprung nachzuweisen. Umgekehrt sind einfache, länder- und industrieübergreifende, einheitliche Ursprungsregeln für den Welthandel von großer Bedeutung. In CETA konnten die Ursprungsregeln leider nicht so einfach ausgestaltet werden, wie sich die chemische Industrie das gewünscht hätte, um eine hohe Implementierungsrate zu erreichen. Hier bestehen für die Zukunft Verbesserungspotenziale.

Geistiges Eigentum

Die EU und Kanada haben bereits bewährte Systeme zum Schutz des geistigen Eigentums. Dennoch brachte CETA im Bereich des Schutzes des geistigen Eigentums noch kleinere Verbesserungen für die forschende europäische Wirtschaft. So wird CETA der forschenden pharmazeutischen Industrie in Kanada im Rahmen der Patented Medicines/Notice of Compliance (PM/NOC)-Verordnung künftig gleiche Einspruchsrechte wie der Generika-Industrie geben.

Erfreulich ist auch, dass Kanada sich dazu verpflichtet hat, die Dauer des Patentschutzes im Falle von langwierigen Zulassungsverfahren um zwei Jahre zu verlängern.

Positiv ist zudem, dass im Rahmen des Schutzes unveröffentlichter Unterlagen über pharmazeutische Produkte bestimmte Daten (radiopharmazeutische, biologische Daten) der Unternehmen zukünftig datenschutzrechtlichen Schutz genießen werden, für die das bisher nicht klar geregelt war.

Der Schutz von Unterlagen über pharmazeutische Produkte, die im Rahmen von Zulassungsverfahren an Behörden übermittelt wurden, beträgt in Kanada weiterhin sechs Jahre. In diesem Zeitraum ist es einem Generikahersteller nicht gestattet, eine Marktzulassung zu beantragen, die sich auf die gleichen Unterlagen beruft. Für weitere zwei Jahre darf ein Generikum nicht verkauft werden, der Hersteller kann jedoch bereits die zur Zulassung notwendigen Unterlagen einreichen. In der EU ist dieser Zeitraum mit 8+2 Jahre länger. Hinzu kommt hier ein Jahr Schutz im Rahmen der zweiten medizinischen Indikation. Hier blieb die Chance auf eine Verlängerung der Schutzfrist durch das Abkommen also ungenutzt.

Auch hat man eine Ausnahme für die Patentlaufzeit-Verlängerung eingeführt, unter der Generika-Hersteller geschützte Pharmazeutika herstellen dürfen, sofern die Produkte für den Export bestimmt sind. Dies schwächt den Schutz geistigen Eigentums. Im besten Falle sollte die Kanadische Regierung daher auf eine Implementierung dieser Ausnahme verzichten, zumindest aber klare Kennzeichnungspflichten einführen, um zu gewährleisten, dass Exporte ausschließlich in nicht-patentgeschützte Länder gehen.

Regulatorische Zusammenarbeit

CETA baut auf den multilateralen Vereinbarungen der WTO zu Technical Barriers to Trade (TBT) und zu Sanitary and Phytosanitary Measures (SPS) auf. Das Abkommen hebt explizit das Recht beider Vertragsparteien hervor, ihr eigenes Schutzniveau im Gesundheits-, Sicherheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzbereich festzulegen.

Der VCI begrüßt das eigenständige CETA- Kapitel zur regulatorischen Kooperation. Ein starker und intensiver Austausch der regulierenden Institutionen wird zu einem verbesserten Schutz von Menschen, Gesundheit, Tieren, Pflanzen führen und insgesamt die Umwelt besser schützen. Beide Vertragsparteien wollen das gegenseitige Verständnis des jeweiligen Regulierungssystems vertiefen, den Wirtschaftsaustausch vereinfachen und dadurch insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Hierunter fällt auch der Abbau unnötiger Vorschriften, wie zum Beispiel doppelte Tests oder Kennzeichnungspflichten. Langfristig werden bei Regulierungsvorhaben gemeinsame Risikobewertungen und Folgeabschätzungen angestrebt. Standards, Normen und Konformitätsprüfungen könnten z.B. harmonisiert oder gegenseitig anerkannt werden.

CETA sieht auch ein Forum für Regulatorische Kooperation vor, welches den Austausch koordinieren soll. Der VCI begrüßt das ehrgeizige Vorhaben. Außerdem unterstützen und bekräftigen die Vertragsparteien ausdrücklich die Festlegung, dass das Forum keine Entscheidungsbefugnis besitzt. Regierungen und Parlamente beider Länder bleiben die Herren ihrer Verfahren. Demokratische Kontrolle wird daher weiterhin ausgeübt und nicht unterlaufen.

Insgesamt erfolgt regulatorische Kooperation im Rahmen von CETA freiwillig. Damit kann sie den jeweiligen Staat nicht ohne seine ausdrückliche Zustimmung in seiner Regulierungshoheit einschränken. Damit die Möglichkeiten, die das Abkommen aus Sicht unserer Branche bietet, tatsächlich genutzt werden, wird es des politischen Willens beider Vertragsparteien bedürfen.

Investitionen

Das Investitionskapitel erleichtert den Marktzugang für europäische Investoren in Kanada und schützt bestehende und neue Investitionen. Kanada und die EU haben Reformvorschläge zum bisherigen Investitionsschutzregime vorgelegt, so z.B. die Einrichtung eines Investitionsgerichtshofes (ICS). Zudem wird bekräftigt, dass der Staat Regulierungshoheit besitzt (right to regulate). CETA enthält grundlegende Investitionsschutzstandards wie z.B. angemessene Entschädigung bei Enteignung, Kapitaltransfergarantie und Meistbegünstigung sowie Nichtdiskriminierung.

Ein effektiver Investitionsschutz ist für die wirtschaftliche Entwicklung im 21. Jahrhundert von großer Bedeutung. Es wird zu beobachten sein, ob das neue Regime in der Anwendungspraxis die in es gesteckten Erwartungen erfüllen kann. Die Voraussetzungen für den Nachweis einer ungerechten und unbilligen Behandlung werden zum Beispiel sehr hoch angesetzt. Wenn sich der neue Rahmen bewährt, kann er einen wichtigen Impuls für andere bilaterale Abkommen und ein multilaterales Investitionsregime bedeuten.

Der EuGH hat im März 2018 Intra-EU BITs für nicht mit dem EU-Recht vereinbar erklärt. Die Entscheidung bezieht sich allein auf völkerrechtlich verankerte BITs zwischen EU-Mitgliedstaaten. Damit stünde aus unserer Sicht auch der Einbeziehung des Investitionsschutzes in CETA nichts entgegen.

Ansprechpartner:

Dr. Matthias Blum, Bereichsleiter Außenwirtschaft, Abteilung Wirtschaft, Finanzen und IT

Telefon: +49 (69) 2556-1415

E-Mail: mblum@vci.de

Verband der Chemischen Industrie e.V.
Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt

- Registernummer des EU-Transparenzregisters: 15423437054-40
- Der VCI ist in der „öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern“ des Deutschen Bundestags registriert.

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1.700 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2016 rund 183 Milliarden Euro um und beschäftigte 446.000 Mitarbeiter.

Website: www.vci.de; Twitter: @chemieverband